Kettenbrücke, die nach Ofen führt, fand ein heftiger Zusammenstoß statt. Mit Gewehrfeuer, Maschinengewehren und Bajonetten wurde die Menge zurückgedrängt. Es gab eine große Anzahl Toter und Verwundeter. Die Kämpfe dauern noch fort. Nähere Einzelheiten fehlen. Die republikanische Bewegung gewinnt immer mehr die Oberhand. Man hat einen allgemeinen Arbeiteraufstand zu erwarten.

Budapest, 29. Oktober. In Budapest ist die Volksstimmung unter das Zeichen höchster politischer Spannung getreten. Die Hauptstraßen sind für den Verkehr polizeilich gesperrt. Die übrigen Teile der Stadt durchstreifen ständig starke Militär- und Polizei-Patrouillen. An den Anschlagsäulen ist eine vom Erzherzog Joseph unterzeichnete Proklamation an die Bevölkerung angeschlagen, in der gesagt wird daß man alles daran setzen würde, um die Unabhängigkeit Ungarns durchzusetzen und in dieser Richtung um die Unterstützung der Bevölkerung ersucht.

•

Die Ernennung Karolyis unterblieben.

Budapest, 28. Oktober. Wie die Blätter melden, verhandelte Graf Michael Karolyi gestern in Wien mit dem designierten österreichischen Ministerpräsidenten Lammasch. Doch konnte keine Uebereinstimmung erzielt werden. Auch soll angeblich der Minister des Aeußern Graf Andrassy Bedenken gegen die Betrauung Karolyis als ungarischer Ministerpräsident erhoben haben, weshalb seine Ernennung unterblieben ist. Graf Karolyi wurde gestern am Bahnhof von einer großen Menschenmenge empfangen und bis zum Klub der Karolyipartei geleitet, wo er eine Ansprache an das Volk hielt. Er erklärte, er habe Sr. Majestät sein Programm unterbreitet, doch sei dieses nicht genehmigt worden, weshalb seine Ernennung zum Ministerpräsidenten nicht erfolgte.

•

Freude in Prag.

Wien, 29. Oktober. Das Friedensangebot Oesterreichs hat in tschechischen Kreisen in Prag großen Eindruck gemacht. Die Leute versammelten sich in den Straßen, umarmten sich und sangen tschechische Nationallieder. Die Soldaten rissen von ihren Kappen die Kokarden ab und warfen sie weg. Das gleiche taten teils freiwillig, teils gezwungen die Offiziere. Zahlreiche Offiziere schmückten ihre Säbel mit Bändern in großslawischen Farben. Sie stellten sich an die Spitze großer Züge von Soldaten, denen sich die Menge anschloß. Die Polizei verhielt sich hiergegen völlig passiv, auch gegenüber der großen Demonstration, die sich auf dem Altstadtmarktring vor dem Huß-Denkmal abwickelte.

•

Tschechischer Uebermut.

Wien, 27. Oktober. Die Blätter bringen bemerkenswerte Aeußerungen der tschechischen Presse über die tschechischen Ansprüche auf von Deutschen bewohnte Gebiete. So wendet sich Narodni-Listi scharf gegen eine Angliederung Deutsch-Böhmens an das Deutsche Reich. Das agrarische Blatt Venek fordert sogar die Einbeziehung Nieder-Oesterreichs bis zur Donau einschließlich Wiens in den tschechischen Staat mit der Begründung, daß die Tschechen in Nieder-Oesterreich keine Insel bilden könnten, weil das jetzige Nieder-Oesterreich früher böhmisches Gebiet gewesen sei und die Mehrzahl der Bewohner Wiens unmittelbar oder durch ihre Eltern aus Böhmen oder Mähren stammten. Desgleichen fordert ein Blatt den Anschluß Preußisch-Schlesiens als untrennbaren Teil des nationalen Programms. Einige tschechische Blätter wenden sich auch gegen die Uebernahme eines Anteils der österreichischen Staatsschuld durch die Tschechen.

•

Die vermutlichen Waffenstillstandsbedingungen.

Unter den Oesterreich-Ungarn aufzuerlegenden Waffenstillstandsbedingungen vermuten die Pariser parlamentarischen Kreise die Aufteilung der Geschütze, der Handwaffen und des andern Materials an die von dem Vierverband anerkannten bzw. noch anzuerkennenden Staatsorgane. Diese Aufteilung soll unter einer Kontrolle erfolgen, deren Einzelheiten noch festzustellen wären. Gleiches gelte von den Waffenstillstandsbürgschaften bezüglich der Adriahäfen.

Das Ende.

Wir sind besiegt! Das bittre Wort hat man lange nicht aussprechen wollen, heute drängt es sich auf alle Lippen. Was dem Nahehinblickenden schon längst klar geworden war, wird heute auch dem Blindesten offenbar: Von den Bündnissen, mit denen Deutschland in den Krieg ging, ist auch nicht der geringste Rest übriggeblieben. Gestern vielleicht konnte man noch sagen: Noch eine hohe Säule zeigt von geschwundener Pracht, heute ist nichts mehr da als ein Trümmerfeld.

Oesterreich hat dem Präsidenten Wilson seine Bereitschaft erklärt, über den Frieden zu unterhandeln ohne Rücksicht auf andre Verhandlungen. Mit andren Worten, Oesterreich hat das Bündnis mit Deutschland verlassen und ist bereit, einen Separatfrieden zu schließen, einen Frieden, wie schon der vorgestrige ungarische Ministerpräsident Wekerle sagte, „unter allen Umständen und um jeden Preis.“ Seitdem ist in Oesterreich die Neigung, weiteren Widerstand zu leisten und im Bündnis zu beharren, wirklich nicht gewachsen, wie die Namen Lammasch und Karolyi beweisen. Lammasch und Karolyi sind — wir sagen das ohne Feindschaft — während des ganzen Krieges Gegner des Bündnisses mit Deutschland gewesen, und sie wollen jetzt nicht nur deshalb mit der Entente Frieden schließen, weil Oesterreich zusammengebrochen ist, sondern weil mit dem Zusammenbruch Oesterreichs ihre Stunde gekommen ist. Die Entente ist in Oesterreich obenauf, sogut wie sie in Bulgarien obenauf ist.

Das Bulgarien Malinows hat keinen Widerstand dagegen geleistet, daß es von der Entente zum Aufmarschgebiet gegen seine ehemaligen Verbündeten gemacht wurde. Eine andre Haltung wird man von dem Oesterreich der Lammasch und Karolyi auch nicht erwarten dürfen. Die Lage ist somit klar geworden. Wenn sich auch die deutsche Armee im Westen noch immer gegen eine erdrückende Uebermacht mit bewundernswerter Standhaftigkeit hält, so sind an den bisher geschützten Flanken des Deutschen Reichs neue Gefahren entstanden, denen unsre Widerstandsfähigkeit nicht mehr gewachsen ist. Wir sind besiegt!

Nur eine wüste, verlogene Demagogie kann noch den Versuch wagen, diese furchtbare Tatsache zu verschleiern. In der alldeutschen Presse findet man immer wieder den Hinweis darauf, daß unsre Truppen noch weit in Feindesland stehen. Es ist aber keine Frage, daß diese Truppen nicht imstande sind, den Sieg zu erringen, sondern es ist nur eine Frage, wie lange sie sich noch halten können. Drei Monate Krieg kosten dem deutschen Volk allein schlecht gerechnet hunderttausend Tote und eine höhere Anzahl dauernd Beschädigter. Wir haben im Krieg schon soviel Menschen verloren, daß, wenn man ihre Zahl auf große Provinzen berechnet, diese Provinzen schon völlig ausgestorben wären. Der Friede wird uns noch mehr kosten. Aber es ist sicherlich besser, Bevölkerungen, die bisher zum Deutschen Reiche gehörten, unter andrer Staatshoheit als unter der Erde zu wissen. Wenn wir noch drei Monate Krieg führen und damit hunderttausend Deutsche zum Tode verurteilten, so wäre, menschlicher Voraussicht nach, durch den Tod dieser Hunderttausend gar nichts gewonnen. Von der Fortsetzung des Krieges haben wir weiter nichts zu erwarten, als daß der Feind schließlich in unser Land kommt und ein vollständiger innerer Zusammenbruch erfolgt. Daß dann die Bedingungen, die uns die Gegner stellen, leichter, die Möglichkeiten des Wiederaufbaues größer würden, kann kein denkender Mensch behaupten. Es bleibt uns darum auch heute schon nichts andres übrig als uns für besiegt zu geben und mit den Siegern Frieden zu schließen. Die deutsche Note an Wilson spricht von einem Waffenstillstand und von einem Frieden der Gerechtigkeit. Das ist das, was wir wünschen, was wir aber heute längst nicht mehr mit Gewalt erzwingen können. Wenn die Gegner demütigende Bedingungen für den Waffenstillstand stellen und wenn die Sozialisten und Friedensfreunde drüben das nicht verhindern können, so wird die Zukunft damit vergiftet werden. Wenn dann ein Frieden nicht des Rechts, sondern des Siegerdiktats, nicht des Völkerbundes, sondern des Revanchegedankens kommen würde, so wären nicht wir Deutsche allein die Unterlegenen, mit uns wäre alles besiegt, was von diesem Krieg einen dauernden Gewinn für das ganze Menschengeschlecht erwartete. Wir müßten denn heimkehren, um uns auf eine Zukunft vorzubereiten, in der wir uns die Freiheit nach außen erkämpfen wollen. Jetzt den Kampf fortzusetzen, hätte keinen Sinn, was immer die Gegner vorhaben mögen. Gerade wer glaubt, daß wir später einmal noch sehr viel Kraft notwendig haben werden, müßte darauf bedacht sein, die Reste zu sparen, die wir noch besitzen.

Binnen kürzester Frist können uns die Waffenstillstandsbedingungen der Entente bekannt sein. Ihre Bekanntgabe wird aller Voraussicht nach gleichbedeutend sein mit ihrer Annahme, und man wird sehr bald in die Friedensverhandlungen eintreten. Diese Friedensverhandlungen werden unter allen Umständen zum Frieden führen. Von der Einsicht der Gegner wird es abhängen, ob dieser Friede ein wirklich dauernder sein kann oder ob dieser Weltkrieg nur das Vorspiel einer späteren noch gewaltigeren Menschheitskatastrophe werden wird.

•

Der Erzbischof von Köln an den Papst.

Köln, 28. Oktober. Nach einer Meldung der Kölnischen Volkszeitung verlautet von der Schweizer Grenze, daß der Erzbischof von Köln, Kardinal v. Hartmann, im Namen der Bischöfe der Fuldaer Bischofskonferenz den Heiligen Vater um seine Vermittlung gebeten hat, damit unsre Feinde, die allem Anschein nach die deutsche Nation in ihrem Bestande bedrohen, von ihrem Plane, Deutschland zu vernichten, abstehen. Der Papst wurde gebeten, seine Autorität einzusetzen, damit ein Friede zustandekomme, der der Gerechtigkeit und Billigkeit entspricht und so eine Versöhnung der entzweiten Nationen anzubahnen geeignet ist.

•

Manifest französischer sozialistischer Vereine.

tu. Genf, 29. Oktober. Die sozialistischen Vereine, die Conféderation general du travail, die Ligue der Menschenrechte, die Coalition republicaine und die Sozialistische Partei haben ein Manifest veröffentlicht, das folgendermaßen schließt: Wilson hat die Vorbedingungen eines Waffenstillstands präzisiert, der keine Täuschung, sondern eine Etappe zum Frieden sein soll. Die unterzeichneten Organisationen und Vereine erwarten von der französischen Regierung, daß sie in Uebereinstimmung mit allen alliierten Regierungen und Herrn Wilson beschließt, dem Waffenstillstandsangebot der Zentralmächte die energische, aber auch die vernünftige Antwort zu erteilen und die einzig von den wirklichen Interessen der Völker inspiriert ist.

•

Die Entscheidungen der Alliierten.

Paris, 28. Oktober. Nach dem gestrigen Ministerrat hat, wie Havas meldet, Clemenceau mitgeteilt, daß die Situation in den nächsten Tagen in einer interalliierten Konferenz besprochen werden soll, auf der gemeinsame Entscheidungen getroffen werden sollen. Oberst House erklärte bei seiner Ankunft in Paris, daß seine Reise nicht mit der Frage des Waffenstillstandes zusammenhänge, und daß er keine besondere Mission erhalten habe, um über diese Frage zu verhandeln. Wie aus Washington gemeldet wird, hat das Staatsdepartement am 26. den Alliierten offiziell das Waffenstillstandsgesuch und die gesamte, zwischen Washington und Berlin ausgetauschte Korrespondenz übermittelt.

Der Abgeordnete Blanc schreibt im Journal du Peuple: „Die Blutdürstigen, für die der letzte Kriegstag ein Trauertag sein wird, die Kriegsgewinnler, deren einzige Sorge ist, daß der Krieg andauert, die Helden, die die Kriegstrompete im Bett blasen, sie alle raten Wilson und den Alliierten, die Ohren vor allen Friedensvorschlägen zu versperren, und ihre Ratschläge nehmen einen gebieterischen Ton an. Wir wünschen, daß ernste Gespräche angeknüpft werden, und, wie andere, wollen auch wir, daß das der letzte Krieg gewesen ist.“

•

Auch die Türkei will Sonderfrieden.

Das Journal de Genève veröffentlicht eine Depesche aus Bern, die besagt, die türkische Gesandtschaft in Bern habe am Freitag morgen der französischen Botschaft und der englischen Gesandtschaft eine Note der türkischen Regierung an die französische und die englische Regierung überreicht, in der sie Waffenstillstand sowie Verhandlungen über einen Frieden verlangt.

Aus Konstantinopel wird berichtet: „Akscham“ meldete gestern von berufener Seite, daß offizielle Verhandlungen der Türkei mit der Entente begonnen hätten. Delegierte seien mit General Townshend abgereist. Die Nachricht beschäftigt die heutige Presse und wird meist in anerkennendem Sinne besprochen. Viele geben sogar schon die Bedingungen bekannt. Tanin erklärt dagegen alle derartigen Nachrichten, auch aus offiziöser Quelle, als reine Vermutungen. Es ist anzunehmen, daß eine amtliche Persönlichkeit derartige Meldungen gegeben hatte, um das aufgeregte Publikum zu beruhigen. Wahr scheint zu sein, daß Verhandlungen inoffiziell eingeleitet sind. Eine feindliche Gegenäußerung ist gestern eingelaufen. Tanin erklärt, man könne nur versichern, daß die offiziellen Kreise hoffnungsvoll gestimmt seien. Einige versichern, daß die feindlichen Bedingungen günstig seien und ein Abschluß bevorstehe. Andre erwarten tagelange Verhandlungen und glauben, daß die Bedingungen schwer seien. Nach vorliegenden Aeußerungen scheint man zu wünschen, daß die Meerengen geöffnet werden und die Flotte einfahre, ohne, bis auf eine kleine Abteilung zur Ueberwachung der Demobilisation, eine Landung zu unternehmen.

„Semon“ nennt die Bedingung der Bildung eines Gendarmeriekorps zur Sicherheit sowie der Bestrafung gewisser Personen eine ungebührliche Einmischung in türkische Angelegenheiten. „Sabah“ erwartet ein Weiterkämpfen Deutschlands und begrüßt es, daß die Türkei ihr Schicksal von dem Deutschlands getrennt habe. Das Blatt verlangt gehässig ein sofortiges Ausschalten des deutschen Militärs aus dem türkischen Heere, da die Feinde sonst nicht an die Ehrlichkeit des türkischen Friedenswillens glaubten. „Ikdam“ spricht für eine Loslösung von dem Zentralkomitee und eine Neuorientierung der Komiteepolitik.

Diktatur oder Demokratie?

Der Weltkrieg hat nach dem russischen auch das deutsche Proletariat an diesen Kreuzweg geführt und die Arbeiterschaft hat sich ohne Zögern für die Demokratie entschieden. Aber während sie auf dem eingeschlagenen Wege bereits von Erfolg zu Erfolg marschiert und Ziele erreicht, die gestern noch in unabsehbarer Ferne zu liegen schienen, hält noch jeder Tag den Meinungsstreit der „Unabhängigen“ um diese Grund- und Lebensfrage wider: Diktatur oder Demokratie? In diesen Streit greift jetzt Karl Kautsky, der sich selbst zu den „Unabhängigen“ zählt, mit einer Schrift* ein, in der er entschieden für die Demokratie eintritt und mit jenen unklaren Wirrköpfen abrechnet, die Deutschland mit einer Diktatur nach bolschewikischem Muster beglücken möchten.

Kautsky geht dem Problem mit aller Gründlichkeit zu leibe und weist eingehend nach, daß diese bolschewikische Diktatur, soweit sie sich eine theoretische Grundlage zu geben versucht, auf einem Irrtum, einem Mißverständnis Marxscher Lehren beruht. Und er kommt zu der Erkenntnis: „Wir können unter der Diktatur des Proletariats nichts andres verstehen als seine Herrschaft auf der Grundlage der Demokratie.“ Tatsächlich waren auch die Bolschewiki demokratisch gesinnt, solange sie glaubten, die Mehrheit hinter sich zu haben. Als aber die Wahlen zur Konstituante, die nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht vor sich gingen, das Gegenteil bewiesen, jagten die Bolschewiki die Konstituante auseinander und erklärten die Republik der Sowjets als „eine höhere Form der demokratischen Einrichtungen“ und „die einzige Form, die den schmerzlosesten Uebergang zum Sozialismus ermöglicht“. Damit war die Diktatur der Sowjets erklärt, die im Laufe ihrer Herrschaft große Massen entrechtete und immer schärfer bewies, daß sie durchaus nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Gruppe über die Mehrheit des Proletariats ist. Jede Opposition, auch die der übrigen sozialistischen Gruppen, wurde für vogelfrei erklärt, jeder Andersdenkende wurde entrechtet, alle Minderheiten, die in der Demokratie weiterkämpfen können, völlig ausgeschaltet. Dieses Schicksal droht aber auch der gegenwärtig herrschenden bolschewikischen Partei, wenn sie eines Tages aus der Macht gestoßen wird. Darum führt die Diktatur notwendig dazu, daß die am Ruder befindliche Partei sich mit allen Mitteln, reinlichen oder schmutzigen, zu halten suchen muß, weil ihr Sturz gleichbedeutend ist mit ihrem völligen Untergang. Diktatur bedeutet völlige Entrechtung weiter, auch proletarischer Volksschichten, bedeutet Verlumpfung und Vergiftung des politischen Lebens. „Die Diktatur der unteren Schichten ebnet den Weg für die Diktatur des Säbels.“

Verlocken also die Methoden der bolschewikischen Diktatur durchaus nicht zur Nachahmung, so hätte die Diktatur doch ihren Sinn, wenn sie wirklich „die einzige Form“ wäre, den „schmerzlosesten Uebergang zum Sozialismus“ zu ermöglichen. Kautsky untersucht auch die Berechtigung dieser Behauptung genau und kommt angesichts der Tatsachen zu der Erkenntnis:

„Die Demokratie bildet die unerläßliche Grundlage für den Aufbau einer sozialistischen Produktionsweise. Und nur unter den Wirkungen der Demokratie erlangt das Proletariat jene Reife, deren es bedarf, um den Sozialismus durchführen zu können. Die Demokratie endlich bietet den sichersten Gradmesser für seine Reife.“

Und noch einmal: „Für uns also ist Sozialismus ohne Demokratie undenkbar. Wir verstehen unter dem modernen Sozialismus nicht bloß gesellschaftliche Organisierung der Produktion, sondern auch demokratische Organisierung der Gesellschaft. Der Sozialismus ist demnach für uns untrennbar verbunden mit der Demokratie. Kein Sozialismus ohne Demokratie.“

Der Sozialismus läßt sich nicht von heute auf morgen herbeizaubern. Die russischen Bolschewiki, die sich diese Hexerei zutrauten, gingen dabei von der kindlichen Erwartung aus, rascher zum Ziele zu kommen, wenn eine energische, zielbewußte Minderheit sich der Staatsgewalt bemächtige und sie zur Durchführung sozialistischer Maßnahmen benütze. Ihre Erfolge würden sofort überzeugend wirken und die bisher widerstrebende Mehrheit rasch zum Sozialismus bekehren. Das klingt sehr verlockend, die Verfechter dieser Theorie vergessen aber, daß schon unter den geordneten Verhältnissen des Friedens diese plötzliche Durchführung einer sozialistischen Produktion unmöglich war. Nun gar inmitten der Wirren und Nöte des Weltkrieges. Kautsky sagt sehr richtig:

> Der Sozialismus, das heißt allgemeiner Wohlstand innerhalb der modernen Kultur, wird nur möglich durch die gewaltige Entfaltung der Produktivkräfte, die der Kapitalismus mit sich bringt, durch die enormen Reichtümer, die er schafft und die sich in den Händen der kapitalistischen Klasse konzentrieren. Ein Staatswesen, das diese Reichtümer durch eine unsinnige Politik etwa einen erfolglosen Krieg vergeudet hat, bietet von vornherein keinen günstigen Ausgangspunkt für die rascheste Verbreitung von Wohlstand in allen Schichten.

* Karl Kautsky. Die Diktatur des Proletariats. 63 Seiten. Preis 1,50 M. Die Schrift ist in unsrer Volksbuchhandlung zu haben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19181029/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG